



Offener Brief

an alle Mitglieder von ver.di München anlässlich der sog. Sicherheitskonferenz

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch dieses Jahr findet in München vom 05.02. bis 07.02. die sogenannte Sicherheitskonferenz (SiKo) statt. Sie gilt inzwischen als das weltweit bedeutendste Treffen von Außenpolitikern, Militärs und Vertretern der Rüstungsindustrie. Wie in den Vorjahren wird der Krieg in Afghanistan ein wichtiges Thema der SiKo sein. Die diesjährige SiKo findet zu einer Zeit statt, in der sich die Bundesregierung in der „Kundusaffäre“ hinter Oberst Klein gestellt hat, der mit seinem Befehl, entführte Tanklastwagen zu bombardieren, die Tötung von Zivilisten zu verantworten hat.

Artikel 87a des Grundgesetzes besagt: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf“. ver.di München vertritt den Standpunkt, dass dadurch ausschließlich die Verteidigung des Territoriums der Bundesrepublik gedeckt ist, nicht aber Auslandseinsätze wie in Afghanistan oder die Absicherung des Zugangs zu Rohstoffquellen und die Offenhaltung von Handelswegen. Deswegen sind wir auch gegen die sog. Sicherheitskonferenz in München: Sie dient letztlich nur der Durchsetzung von Macht- und Wirtschaftsinteressen und den Firmen, die mit der kriegerischen Durchsetzung dieser Interessen Profit machen.

Nicht die Sicherheit für uns - sondern vor uns

Seit Jahren wird während der Sicherheitskonferenz unsere Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Wir vergessen nicht, dass 2002 während der Sicherheitskonferenz das Gewerkschaftshaus von der Polizei belagert wurde und stundenlang DemonstrantInnen und KollegInnen eingekesselt wurden. Vieles von dem, was mit der „bayrischen Linie“ gerade auch bei den Gegnern der Sicherheitskonferenz erprobt wurde, wurde 2008 im bayrischen Versammlungsgesetz in Gesetzesform gegossen. ver.di München bildete mit anderen Verbänden ein breites Aktionsbündnis und erreichte durch die gemeinsame Verfassungsbeschwerde, dass das Bundesverfassungsgericht durch eine einstweilige Anordnung im Februar 2009 Teile des Gesetzes außer Kraft setzte.

Seit Jahren wird die Sicherheitskonferenz auch zum Schauplatz eines De-facto-Inlandseinsatzes der Bundeswehr. Waren 1997 noch 115 Soldaten eingesetzt, waren es 2009 ca. 340 Bundeswehrangehörige. Auch dies reiht sich ein in die seit Jahren laufenden Bestrebungen, die Bevölkerung an den Einsatz der Armee im Inneren zu gewöhnen und ihn schließlich durch eine Gesetzesänderung zu legitimieren.

All diese Maßnahmen gegen uns „dürfen“ wir dann auch noch selbst bezahlen. Die Förderung der privaten „Sicherheitskonferenz“ durch die Bundesregierung, allein 2008 mit € 341.000,-- (neben der Übernahme der Kosten für den Bundeswehreinsatz), ist dabei nur die direkteste Form. Die Teilnehmer dieser privaten Inszenierung militärischer Machtpolitik werden noch dazu am 5. Februar im alten Rathaus, der „Guten Stube Münchens“, empfangen - wiederum durch Steuergelder mitfinanziert, versteht sich. Die Kosten insgesamt, die wir zu tragen haben, gehen sicher in die Millionen. Für die Gehaltsforderung der ArbeitnehmerInnen bei der anstehenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst heißt es dagegen von Seiten der Arbeitgeber, dass kein Geld da sei.

Gewerkschaften haben in der Geschichte leidvoll erfahren müssen, was es heißt, wenn die Armee gegen das eigene Volk eingesetzt wird. Auch deswegen setzen wir uns gegen den Einsatz der Armee im Inneren ein.

Wir werden uns daher mit einem eigenen Gewerkschaftsblock an der Demonstration gegen die Sicherheitskonferenz am 6. Februar 2010 in München * beteiligen. Wir rufen alle auf: Schließt Euch an – die Sache des Friedens ist zu wichtig, um sie denen zu überlassen, die am Krieg verdienen!

Heinrich Birner
ver.di München Geschäftsführer

Harald Pürzel
ver.di München Vorsitzender

* 05.02., 18.00 Uhr Marienplatz – Aktionen zum Rathausempfang
06.02., 13.00 Uhr Marienplatz – Demonstration
Treffpunkt: Lautsprecherwagen von ver.di München